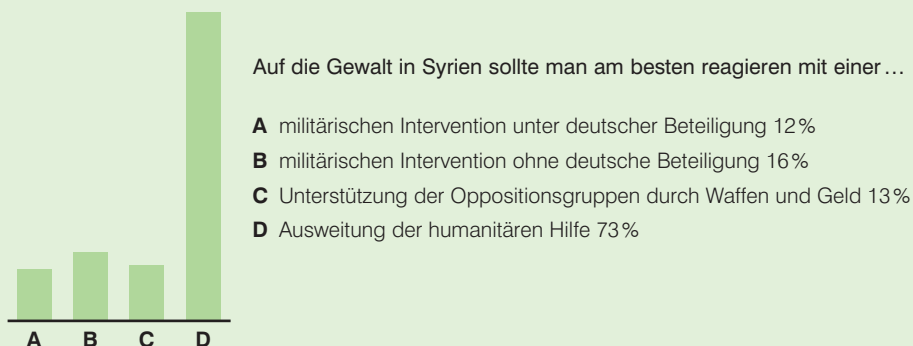


Reaktion auf die Gewalt in Syrien

IP-Forsa-Frage

IP | 05/06 | 12



	A	B	C	D
CDU/CSU	10	17	15	73
SPD	9	18	14	81
Linke	6	11	4	74
Grüne	9	10	14	81
Piraten	16	17	16	74

Datenbasis: 1002 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 4. bis 5. April 2012.
 Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.
 Die Anhänger der FDP sind nicht ausweisbar aufgrund zu geringer Fallzahl.

Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent der Befragten ist der Ansicht, dass man der Gewalt in Syrien mit einer Ausweitung der humanitären Hilfe begegnen solle. Diese Option erfährt parteiübergreifend großen Rückhalt, wobei sich vor allem die Anhänger von SPD und Grünen dafür aussprechen. Die anderen drei Auswahlmöglichkeiten finden hingegen durchweg nur wenig Zuspruch. Insbesondere die Bürger aus Ostdeutschland begegnen einem Militäreinsatz unter deutscher Beteiligung mit Skepsis. Für einen solchen stimmen dort lediglich 4 Prozent, während es in Westdeutschland mit 13 Prozent mehr als dreimal so viele sind. Überdurchschnittlich hoch ist mit 16 Prozent auch die Zustimmung der Anhänger der Piraten zu einer Militärintervention unter deutscher Beteiligung.

Dagegen befürworteten lediglich 8 Prozent der Frauen eine Intervention unter der Beteiligung Deutschlands, während mehr als doppelt so viele – 17 Prozent – eine Militäraktion ohne deutsche Teilnahme bevorzugen. Bei den Männern sprechen sich 15 Prozent für beide Optionen aus. Kontraste ergeben sich bei den Anhängern der Parteien. Die Wähler der Grünen und der Piraten unterscheiden nur unwesentlich zwischen einem Militäreinsatz ohne oder mit deutscher Beteiligung. Die anderen Parteien bevorzugen, wenn auch mit nur geringem Zuspruch, indes klar eine Intervention ohne deutsche Beteiligung.

Zahlen

Einer im Februar 2012 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zufolge sind 74 Prozent der Europäer der Meinung, dass Korruption ein großes Problem in ihrem jeweiligen Land sei. Den EU-Mitgliedstaaten entsteht nach EU-Schätzungen durch Korruption ein jährlicher Schaden von 120 Milliarden Euro. Beinahe die Hälfte der Befragten glaubt außerdem, dass die Korruption in den vergangenen drei Jahren, in denen Europa die tiefste Rezession seit den dreißiger Jahren erlebt hat, zugenommen habe. Fast jeder Grieche (98 Prozent) und 97 Prozent der Portugiesen sehen Korruption in ihrem Land als großes Problem an, Deutschland reiht sich mit 54 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt ein.

74

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa von durchschnittlich 22,4 Prozent könnte zum sozialen Sprengstoff werden. Den Höchststand verzeichnet Spanien, wo im Februar ca. 928 000 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren ohne Arbeit waren. Damit hat sich die aktuelle Arbeitslosenquote von 50,5 Prozent seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 mehr als verdoppelt. Von steigender Jugendarbeitslosigkeit sind auch Griechenland, Irland und Italien betroffen, deren Werte heute höher liegen als im vorrevolutionären Ägypten, Libyen oder Tunesien (offiziell 20 bis 30 Prozent).

928 000

In Spanien sucht man die Schuld an der wirtschaftlichen Misere zuerst im eigenen Land. Dem Madrider Center for Sociological Research zufolge sind 40 Prozent der Ansicht, die spanische Regierung trage die Hauptschuld. 60,8 Prozent sehen die Verantwortung bei den Banken. Die EU kommt vergleichsweise gut weg: 28,8 Prozent tragen ihr die Schuld an. Für 31,7 Prozent ist der Euro das Grundübel.

28,8

Trotz antideutscher Proteste bevorzugen die Spanier deutsche Führung gegenüber ihren Alternativen. So liegt Deutschland bei einer Umfrage des Real Instituto Elcano auf Platz 1.

Jüngst meinten 60 Prozent der Italiener bei einer Eurobarometer-Umfrage, die deutsche Politik sei zu sehr an deutschen Eigeninteressen ausgerichtet. Vor einem Jahr schien das noch anders. Trotz seines Drängens auf verstärkte Sparanstrengungen wurde Deutschland von vielen Staaten sehr wohlwollend betrachtet. Besonders beliebt schien es dabei gerade in Italien zu sein. Dort stimmten fast neun von zehn Befragten (89 Prozent) im März 2011 im Rahmen des BBC Country Rating Poll der Aussage zu, dass Deutschland einen insgesamt positiven Einfluss in der Welt habe.

89

Investitionen in erneuerbare Energien könnten für wirtschaftlichen Aufschwung in Südeuropa sorgen. Angesichts der Sonnenstunden pro Jahr scheint es mit Spanien (13,3 Prozent), Italien (8,9 Prozent) und Griechenland (8,2 Prozent) in drei Krisenländern jedoch noch Ausbaupotenzial zu geben. Vorreiter ist Portugal, wo 2009 der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bei 24,5 Prozent lag. Nur in vier EU-Staaten ist der Anteil größer.